



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VI/171 - 26.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Beamte und Pensionäre warten auf Entscheidung	S. 1
Ägypten und das Suez-Problem	S. 2
Mistöne im Sender "Freies Europa"	S. 4

Die enttäuschten Pensionäre

d.g. Als das Parlament vor einigen Tagen in die Ferien ging, mußte es mehrere sehr wesentliche Gesetzesvorlagen unerledigt zurücklassen. Da war z.B. der Lastenausgleichs-Entwurf, dessen Beratungen zuletzt dadurch verzögert worden waren, daß man einige Tage mit Projekten liebäugelte, die sich bald als undurchführbar herausstellten, da war die Investitionshilfe für die Grundstoff-Industrien, welche die Regierung zwar schon seit März mit den Unternehmern vorbereitetete, aber dem Parlament erst wenige Tage vor Ferienbeginn zuleitete und da war schließlich noch jener Gesetzentwurf, der den Bundesbeamten Zulagen versprach. Dieses Gesetz blieb nach seinem ersten Durchlauf beim Bundesrat auf dem Wege zum Bundestag in der Bonner Regierungskanzlei hängen.

Bei der Vorlage über die Neuregelung des Besoldungsrechtes hat sich die Bonner Koalition ein Kabinetstück im wahrsten Sinne des Wortes geleistet. Die Bundesminister der CDU, FDP und DP verabschiedeten Mitte Juni einen Entwurf, der den Aktivbeamten zu ihrem Grundgehalt eine ruhegehaltstfähige Zulage von 20 Prozent zusicherte. Den Forderungen der Pensionäre wurde nicht entsprochen. Sie wurden auf die Besoldungsreform vertröstet, die bei einer Besserung der Haushaltslage im nächsten Jahre in Kraft treten würde. Als der Bundesfinanzminister beim

Haushaltsausschuß des Bundestages um eine weitere Vorwegbewilligung für die Zulagen zu den Aktivgehältern ansuchte, stellte es sich heraus, daß die gleichen Parteien, deren Minister dem Regierungsentwurf wenige Tage vorher zugestimmt hatten, ihn nunmehr plötzlich ablehnten. Der CDU-Sprecher meinte, seine Partei hätte die grundsätzlichen Fragen dieses Gesetzes noch gar nicht entschieden und wolle vielmehr die Kinderzulagen aufbessern. Der FDP-Vertreter mißbilligte die Entscheidung seiner eigenen Minister im Kabinett und die kleine DP wollte plötzlich auch anders als ihre Minister im Kabinett gestimmt hatten. Zu einer Absprache zwischen Regierung und Regierungs-Parteien kann es also bei diesem Gesetz gar nicht gekommen sein und so liegt der Entwurf, zu dem sich niemand mehr bekennt, wieder bei der Regierung. Man wird ihn umarbeiten müssen, wenn man den Unwillen der Betroffenen nicht noch weiter steigern will.

Der Bundesregierung aber hätte es spätestens nach der ersten Beratung der Besoldungsnovelle im Bundesrat klar werden müssen, daß man nicht den Aktivbeamten Zulagen geben kann und die Pensionäre vertröstet. Hier besteht nicht nur eine unabweisbare soziale Pflicht, sondern der Ausschluß der Pensionäre aus dieser Regelung muß als ein für die Zukunft des Beamtentums gefährlicher Eingriff angesehen werden. Nachdem es sich lediglich um ein Provisorium bis zur endgültigen Besoldungsordnung handelt, sollte man damit auch keine Diskussionen über Kinderzulagen verbinden, zu deren Berechtigung sich die Bundesregierung in anderem Zusammenhange bald wird äußern müssen. Wenn der Finanzminister seine Mehrausgaben nun einmal auf eine zwanzigprozentige Erhöhung der Aktivbezüge abgestellt hat - von denen bereits 15 Prozent vorschußweise ausbezahlt wurden - sollte es nicht schwer fallen, bei diesem Stand der Dinge die Vorlage rechtzeitig im Sinne einer einheitlichen Regelung für Aktive und Ruheständler umzuarbeiten und die Empfangsberechtigten nicht noch länger durch das Verschulden der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien im Unklaren zu lassen.

+ + +

S u e z vor dem Sicherheitsrat

B.G. London

Der Sicherheitsrat der UNO wurde von seinem Präsidenten, Sir Gladwyn Jebb, zur Behandlung der Suez-Frage einberufen. Es liegen zwei Anträge vor: Israel protestiert gegen die von Ägypten im

Kanal ausgeübte Blockade, und Großbritannien, unterstützt von Frankreich und den Niederlanden, beklagt sich über die Durchsuchung der durch den Kanal passierenden Schiffe auf etwa nach israelischen Häfen bestimmte Güter.

Ägypten bestreitet nicht, daß seine Beamten die zur Beschwerde stehenden Handlungen vornehmen, doch hält es sich für berechtigt, Israel wirtschaftlich zu blockieren, solange sich Ägypten und die anderen arabischen Staaten mit dem neuen jüdischen Staate im Kriegszustande befinden. Israel wiederum behauptet, die Blockademaßnahmen der Ägypter seien "Kriegshandlungen" und laufen daher dem Waffenstillstandsabkommen von 1948 zuwider. General Riley, der amerikanische Vorsitzende der UNO-Waffenstillstandskommission hat Israels Standpunkt in seinem Bericht an den Sicherheitsrat bestätigt.

Die britische Beschwerde stützt sich auf die Suezkanal-Konvention von 1888, durch die Ägypten als Nachfolgestaat des ottomani-schen Reiches gebunden ist, und die es auch nach seiner eigenen Unabhängigkeitserklärung 1922 als bindend anerkannte. Nach dieser Konvention ist der Schiffsverkehr durch den Kanal in Krieg und Frieden frei und unbehindert. Ägypten hat lediglich das genau umrissene Recht, "zur Verteidigung seines eigenen Staatsgebietes" im Kanalgebiet kriegerische Handlungen zu begehen.

Da heute jegliches Anzeichen dafür fehlt, daß Israel etwa eine Invasion ägyptischen Staatsgebietes plane (selbst während des Palästina-Krieges 1948 sahen israelische Truppen auf höchsten Befehl davon ab, die geschlagenen Ägypter über die Staatsgrenze zu verfolgen), kann vom Standpunkt der gegenwärtigen Beschwerdeführer aus gesehen Ägypten aus der Konvention kein Recht zur Belästigung der Schifffahrt im Kanal herleiten. Die auf dem Spiel stehenden Interessen drehen sich, wenn auch nicht ausschließlich, so doch in erster Linie um Öl. Die große Raffinerie der I.P.C. (Iraq Petroleum Company) in Haifa, deren Anteile in (vorwiegend) britischem und amerikanischem Besitz sind, erhält normalerweise die Hälfte ihrer Rohölaufuhr durch die über 2000 km lange Öldruckleitung von Kirkuk (Iraq) und den Rest durch Tankschiffe, die nach Löschung des Rohöls und Reinigung des Raumes fertige Raffinate laden. Seit der Gründung Israels 1948 hat die iraqische Regierung die Pumpung von Öl durch die Druckleitung unterbunden, und die Raffinerie, auf Zufahren zur See angewiesen,

arbeitet seitdem nur mit einem Viertel ihrer Leistungsfähigkeit. Mit dem Ausfall von Abadan hat nun Haifa wieder erhöhte Wichtigkeit für die Ölversorgung der freien Welt. Es kann aber seine Kapazität nur voll ausnützen, wenn der Suezkanal für Rohölzufuhren nach Haifa und für den Export von Raffinaten von Haifa nach Indien, Pakistan und Ostafrika wieder geöffnet wird.

Daß Ägyptische Regierungs- und Presseäußerungen die britische Beschwerde als ein "anglo-israelisches Komplott" bezeichnen, wird in England als schönder Undank empfunden angesichts der weitgehenden diplomatischen und wirtschaftlichen Unterstützung durch Großbritannien, die Ägypten in seinem Konflikt mit Israel von Anfang an genossen hat. Daß trotz der Ägyptischen Politik feindsaliger "Nadelstiche" gegen britische Schifffahrts- und sonstige Interessen die britische Regierung immer noch weiter vertragsmäßig Tanks, Flugzeuge und anderes Kriegsmaterial an Ägypten liefert, hat schon zu kornigen Anfragen seitens sozialistischer und konservativer Abgeordneter im Unterhaus geführt. Der Außenminister hat diesen Ausbrüchen stets das Prinzip der Vertragstreue entgegengesetzt. Anscheinend hofft er jetzt, durch den Sicherheitsrat der UNO auch Ägypten endlich zur Beobachtung von Staatsverträgen zwingen zu können. "Some hope!" ("'ne kleine Hoffnung!") murrte Churchill mit seinem bekannten, weittragenden "Bühnenflüstern" im Unterhaus, als er diese Antwort zu hören bekam.

+ + +

Eine amerikanische Fehlinvestition

R.R. Seit einiger Zeit sendet die neue Mittelwellenstation "Freies Europa" von München aus in einem umfassenden Programm Nachrichten, politische Kommentare, Kirchensendungen und Unterhaltung. Ihr Ziel ist, "Unruhe hinter dem Eisernen Vorhang zu stiften".

Gegen die Tätigkeit des Senders wäre nichts einzuwenden, wenn er nicht fast in gleichem Maße versuchte, dem "Tschechoslowakismus" Dr. Benesch's neues Leben einzuhauchen. Benesch aber war es, der die Formel prägte: "lieber Hitler als Habsburg", Benesch lehnte die Föderation der Tschechoslowakei oder auch nur die Gewährung einer ausreichenden Selbstverwaltung an die Sudetendeutschen und Slowaken ab und hat mit dieser Politik indirekt Hitler und Henlein in die Hände gespielt.

Vor allem aber muß man ihm vorwerfen, der entscheidende Initiator des Austreibungsgedankens gewesen zu sein. Die Frage der Austreibung der Sudetendeutschen war schon 1942 die Ursache, weswegen in London die 1938 ins Exil gegangenen sudetendeutschen Sozialdemokraten sich von Dr. Benesch trennten. Die Resultate der Benesch-Politik liegen sichtbar vor uns und sollten eine Warnung sein. Es ist in letzter Zeit öfter gesagt worden, der Sender "Freies Europa" richtete sich auch gegen die Sudetendeutschen. Die Tatsache, daß von diesem Sender weder der Name sudetendeutsch genannt, noch zur Austreibung der Deutschen Stellung genommen wurde, kennzeichnet die Einstellung der führenden Benesch-freundlichen tschechischen Mitarbeiter am Sender. Indem man Benesch auf jeden Fall als nationalen Märtyrer, Demokraten und Humanisten konservieren möchte, ist man geneigt, zu der Untat der Austreibung zu schweigen, die unter der Verantwortlichkeit Dr. Benesches vor sich gegangen ist. Das aber ist entscheidend: Die Unteilbarkeit der Freiheit und der Menschenrechte und die Erkenntnis, daß die Freiheit der Tschechen ohne die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes auch für die Sudetendeutschen und Slowaken eine illusionäre Hoffnung bleibt.

Die Wahrnehmung des Lebensinteresses der tschechischen Nation allein genügt nicht, um die Existenz dieses Senders zu rechtfertigen. Für diese Aufgabe scheinen auch die 16 Millionen Dollar, die gutmeinende Amerikaner gespendet haben, eine bedauerliche Fehlinvestition zu sein.

+ + +

Zwangsanleihe in der Ostzone ?

(sp) In Kürze dürfte in der Ostzone mit der Auflegung einer Staatsanleihe zu rechnen sein. In weitgehendem Maße sollen die volkseigenen Betriebe bzw. die Belegschaften - analog dem Verfahren in der Sowjetunion - als Zwangszeichner herangezogen werden. Als Muster dürfte die vor kurzem in Polen aufgelegte "Polnische Prämienn-Staatsanleihe" von 1,2 Mrd. Zloty dienen, die inzwischen durch die Erfassung aller Belegschaften in den staatlichen Betrieben um 380 Mio. Zloty überzeichnet wurde. Der unkontrollierte Ostmark-Umlauf wird auf 600-700 Mio. Mark bei einem Gesamtumlauf von rund 3,5 Mrd. Ostmark geschätzt. Diesen hohen unkontrollierten Geldumlauf hofft man durch eine Zwangsanleihe einigermaßen zurückzuführen.

Verantwortlich: Peter Baunau (z.Zt. in Urlaub)